



BAFFAFA REPUBLIK

Nr. 2 – Linke SchülerInnenzeitung aus X-Berg

kein mensch ist illegal!

„Um Freiheit zu erringen, darf sich der Mensch nicht in der Schlange anstellen, sondern muss diese durchbrechen“ – Che Guevara

Anfang September hat sich eine Gruppe geflüchteter Menschen zu Fuß auf den Weg von Würzburg nach Berlin gemacht, um ihre Menschenrechte einzufordern, die ihnen wie allen Asylsuchenden in diesem Staat verwehrt bleiben.

Die Aktivist_innen setzen sich über die ihnen auferlegte Residenzpflicht (sie dürfen

den ihnen zugeteilten Landkreis nicht verlassen), hinweg und sind am 6. Oktober 2012 nach 28 Tagen Fußmarsch am Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg eingetroffen. Dort wurde ein Zelt-Camp errichtet, damit die Forderungen der Aktivist_innen in der Hauptstadt gehört werden.

Was sind die Forderungen der Asylbewerber_innen?

Alle Immigrant_innen, die wegen politischer Probleme flüchten, wollen Anerkennung und frei entscheiden, wo sie leben wollen. Die Immigrant_innen wollen die Erlaubnis zum Arbeiten und zur kostenlosen Teilnahme an einem Deutschkurs, um sich besser in die Gesellschaft integrieren zu können. Sie wollen ihre Fragen schneller vom Staat beantwortet bekommen.

Die Zustände in den Asylant_innenwohnheimen sind menschenunwürdig. Die Immigrant_innen wollen kein Essen in Packungen und auch nicht jeden Tag das Gleiche. Sie wollen Geld, um selbst kochen zu können.

Flüchtlinge des Lagers am Oranienplatz berichteten von ihren Erfahrungen:



☛ „Ich bin aus dem Sudan und flüchtete mit Frau und Kindern aus politischen Gründen. Nach Deutschland floh ich wegen der politischen Freiheit, die ich glaubte, hier vorzufinden, und um hier ein normales Leben zu leben. In Deutschland fühle ich mich auf jeden Fall besser aufgehoben. Hier im Camp unterstütze ich die Aktivist_innen und kämpfe für mehr Asylrechte.“

„Ich bin aus dem Iran und gehöre keiner Religion an, was in meinem Land den Tod bedeutet. 10.000 Euro musste ich zahlen, um aus meinem Land ausreisen zu können. Über eine illegale Schleuse in der Türkei gelangte ich nach Deutschland. Hier hoffte ich auf Anerkennung und Freiheit, was sich leider nicht erfüllte. Ich bekam in einem Asylant_innenwohnheim einen Platz und warte nun schon seit eineinhalb Jahren auf meinen Antrag auf Asyl. Meine Schwester lebt schon seit einigen Jahren in München und mir wurde nicht gewehrt, zu ihr zu ziehen. Das Camp unterstütze ich, weil ich für die, die nach mir kommen, kämpfe. Zur Zeit bin ich illegal hier in Berlin. Ich habe Angst, abgeschoben zu werden.“

Aktuell leben am Oranienplatz 47 Asylbewerber_innen in 33 Zelten, noch ist unklar wie lange die Asylbewerber_innen dort leben können.

Und warum kommen Menschen nach Deutschland?

Wegen Landknappheit, Arbeitslosigkeit, Armut, sozialer Diskriminierung, Kriege, Revolutionen, massiver Umweltschäden oder politischer Verfolgung aufgrund des ethnischen Hintergrundes, der Nationalität oder der Religion fliehen Menschen aus ihrem Heimatland.

Historische Ursache für die negative Entwicklung in vielen Ländern war sicher auch die Kolonialisierung. Die Kolonialmächte, darunter Deutschland, plünderten die besetzten Länder und ließen Armut zurück.

Die Gründe, weshalb Menschen aus ihrem Land fliehen und in anderen Ländern Asyl beantragen, sind leicht nachzuvollziehen.

Dementsprechend unverständlich ist es, dass manche Politiker_innen hier kein Verständnis haben.

Die Flüchtlinge sind auf Hilfe angewiesen und kämpfen für ein Leben in Freiheit! Sie wollen nur persönliche Sicherheit, Arbeitsplätze, einen gewissen materiellen Wohlstand und politische und religiöse Freiheit. Doch dieses will Deutschland ihnen nicht gewähren. Dabei wäre der deutsche Staat ihnen zumindest das schuldig, wenn man überlegt, dass er einer der größten Waffenexporteure der Welt ist. Und man kann sich ebenfalls fragen, warum gerade Deutschland eine Industrienation ist, ohne je wertvollere Bodenschätze als Kohle und Erz besessen zu haben? Deutschland profitiert bis heute von der Ausplünderung anderer Länder.

Auch extrem sind die Lebensumstände der Roma in Serbien und Mazedonien. Deswegen versuchen sie, in anderen EU-Staaten Asyl zu bekommen. Doch auch daran hat die deutsche Regierung gedacht. Sie warnten diese Länder, darauf zu achten, dass der Staat die Bürger_innen davon abhalten soll, Asyl in EU-Ländern zu beantragen – sonst würde die EU ihnen die Visa-Freiheit wieder abnehmen. So wird besonders Roma die Ausreise verweigert. Dabei sollten die Staaten, die in die EU eintreten wollen (wie eben Serbien und Mazedonien), die Menschenrechte beachten. Das heißt, dass die deutsche Regierung es voraussetzt, dass EU-Kandidaten gegen die Menschenrechte verstoßen!

Zwischen 1993 und 2011 sind insgesamt 182 Flüchtlinge auf dem Weg in die Bundesrepublik Deutschland verstorben (☛ **siehe Zahlen auf der letzten Seite**) und 527 wurden beim Grenzübertritt verletzt. 164 begannen Selbstmord oder verstarben bei dem Versuch zu fliehen (davon 64 in Abschiebungshaft).

Doch warum gibt es diese Ansprüche auf ein Land und dessen Bewohner_innen überhaupt, sodass man es mit Stacheldraht und Abschiebungen schützen muss?

für recht(s) und ordnung: die konservativen der usa

„Ketchup ist ein Gemüse“ – Ronald Reagan, Republikanischer Präsident

F am 6. November 2012 ist es wieder soweit: Der neue Präsident der USA wird gewählt.

Die beiden Hauptkonkurrenten sind, wie immer, Republikaner und Demokraten¹. Dabei werden meistens die Republikaner als die rechte und die Demokraten als die linke Kraft dargestellt, etwa vergleichbar mit CDU (rechts) und SPD (links).

Die Wahrheit ist aber leider, dass es sich bei den Demokraten um eine bürgerlich-konservative Partei handelt, vergleichbar mit der CDU oder FDP, und bei den Republikanern um eine Gruppierung von ultrarechten Hardliner_innen — die sich auch gern liebevoll „Grand Old Party“, kurz GOP nennen. Zumindest ihre Ideologien und Werte sind tatsächlich „Old“. Schön und gut, möchte mensch meinen, an alten Werten ist ja auch manchmal was dran. Spitzenkandidat Mitt Romney jedoch fordert zum Beispiel neben strengeren Einwanderungsgesetzen auch das Verbot der Homo-Ehe, da sie ein „Anschlag auf das Fundament unserer Gesellschaft“ sei. (was sind das für Fundamente?!)

Auch das mit dem Schwangerschaftsabbruch sieht er kritisch, selbst im Falle einer Vergewaltigung — er ist also klar gegen die Entscheidungsfreiheit der Frau. Oder, um das Frauenbild der Republikaner besser auf den Punkt zu bringen: „Der Feminismus wurde eingeführt, um unattraktiven Frauen einen leichteren Zugang zum Mainstream dieser Gesellschaft zu verschaffen.“² Doch das hindert leider Frauen nicht, der GOP beizutreten oder zumindest mit ihr zu sympathisieren. Ein prominentes Beispiel hierfür ist

die konservative Publizistin Ann Coulter, die nach den Anschlägen am 11. September den Vorschlag unterbreitete: „Wir sollten in ihre Länder einmarschieren, ihre Führer töten und sie zum Christentum bekehren!“ Auch sonst halten die Republikaner es schwierig mit dem Islam, so glaubt Rick Santorum³, nicht islamische Terrorist_innen, sondern gleich alle Moslems/Muslimas seien „Feinde Amerikas“.

Sozialdemokratische Ansätze werden oft grundsätzlich als „Sozialistisch“ oder gar



1 Wenn es mach uns ginge: Republikaner_innen und Demokrat_innen

2 Rush Limbaugh, konservativer Moderator und GOP-Sympathisant

3 Rick Santorum: Mitglied der GOP, wegen extrem homophober Äußerungen gibt es inzwischen den Begriff „Santorum“ auch als Synonym für „Nebenprodukt von analsex“.



☛ „Kommunistisch“ (!) verschrien. Schließlich ist die GOP eine Partei des Wirtschaftsliberalismus und glühende Verfechterin kapitalistischer „Freiheiten“, und das ist auch schön so, oder wie es Bill O'Reilly⁴ ausdrückte: „Es stimmt: Wenn du arm bist und dir keinen guten Anwalt leisten kannst, steigen deine Chancen sprunghaft an, ins Gefängnis zu kommen. Aber weißt du was? Pech gehabt!“

Hier zeigt ein weiterer wichtiger Faktor der Republikanischen Partei, nämlich eine, höflich ausgedrückt, gewisse Schwäche für die Reichen und die damit verbundenen wirtschaftspolitischen Ansichten. Eben daher kommt erst ihr glühender Antikommunismus, der soweit geht, dass europäische „Sozialstaaten“ als sozialistisch bezeichnet werden. Auch mit der Sicht zum Klimawandel (von: „Wir wissen nicht, was ihn

verursacht“ bis: „Er existiert nicht“) stellen sie sich deutlich auf die Seite von Konzernen, die so ungestört die Umwelt weiter ausbeuten können. Doch Debatten über Alternativen zum Kapitalismus werden stets mit dem Totschlag-Argument „du Kommunist!“ abgewürgt. Aber wie passt diese ultrakapitalistische Haltung mit dem Bild der stets propagierten „Freiheit“ zusammen? Die Antwort lautet: Gar nicht, nur die Freiheit für die Wirtschaft und damit die der Wirtschaftsbosse gilt es ihnen zu verteidigen.

Das war also ein Querschnitt durch das republikanische bzw. konservative Spektrum der USA und mensch könnte noch viel mehr Äußerungen und Kommentare zusammentragen, denn die Genannten sind keineswegs Ausrutscher oder Einzelfälle, sondern eben Teil des republikanischen Programms.

Wer nun denkt, dass die Republikanische Partei nur eine versponnene, rechtspopulistische Gruppierung mit kleinem Einfluss sei, der/die irrt sich gewaltig: Es handelt sich um eine versponnen, Gruppierung mit großen Einfluss, die auch schon eine Reihe an Präsidenten hervorbrachte, z.B. George W. Bush oder Ronald Reagan.

Aber zum Glück gibt es ja noch den Anderen – so einfach ist es aber dann leider doch nicht. Denn Obama ist zwar nicht homophob oder krass frauenfeindlich, jedoch vertritt er, genau wie Romney, mit seiner kapitalistischen Haltung auch die Interessen der Wirtschaft bzw. derer, die hinter ihr stehen. Es ist also eine Wahl zwischen Coca-Cola und Pepsi. Manche meinen, Coca-Cola würde besser schmecken, aber beide verursachen schlechte Zähne.

Wie die Wahlen ausgehen werden, kann mensch jetzt noch unmöglich sagen, da die Umfragen ein 50/50 Bild erzeugen. Aber ob mensch Coca-Cola oder Pepsi serviert bekommt, muss mensch sich so oder so die Zähne putzen. Und ob Obama oder Romney die US-Regierung anführt, muss mensch gegen Arbeitslosigkeit, Krieg und Krise protestieren.

Also: Lasst uns Zähne putzen!

das recht auf gewalt

„Der deutsche Polizist ist ein braver Mann. Wenn er aus dem Auto steigt hält die Natur den Atem an und die Menschheit schweigt.“ – Lisa Fitz

In der ersten Ausgabe von BANANA REPUBLIC taten wir unsere Meinung kund, dass auch in Deutschland staatliche Gewalt willkürlich eingesetzt wird. In diesem Artikel geben wir nähere Erläuterungen dazu.

Der Begriff „staatliches Gewaltmonopol“ bedeutet, dass nur der Staat das Recht hat, Gewalt anzuwenden. Das Gewaltmonopol entstand ursprünglich, um die Macht der Herrschenden zu sichern. Heute steht dahinter die zunächst recht einleuchtende Idee, dass Gewalt nötig sein kann, um andere Gewalt zu verhindern, aber kontrolliert werden sollte. Und zwar von einer Behörde, die für ihre Taten Rechenschaft ablegen muss: Die Polizei – dein Freund und Helfer. In der Praxis funktioniert das leider nicht ganz, oder besser gesagt, gar nicht.

Zunächst ein älteres Beispiel: Am 22. August 1992 gingen Nazis in Rostock-Lichtenhagen mit Baseballschlägern auf ein überfülltes Asylant_innenheim los. Außerdem kamen weit über 3.000 jubelnde Zuschauer_innen, die, als das Heim am 24. August angezündet wurde, die Feuerwehr aufhielten. Die wenigen erschienenen Polizist_innen zogen sich, kurz nachdem das Feuer ausgebrochen war, komplett zurück. Die Polizei wusste zwar schon um 21:25 Uhr von dem Brand, rief aber nicht die Feuerwehr (diese wurde später von Anwohner_innen gerufen) und kam erst um 22:32 der Feuerwehr zur Hilfe. Die Aufmerksamkeit der Polizei galt während des ganzen Pogroms nicht den Nazis, sondern den Antifaschist_innen, die den Asylant_innen helfen wollten. Das Bundeskriminalamt teilte später mit, dass zwei Neonazis und 27 Antifaschist_innen festgenommen worden waren.

Überhaupt kann die deutsche Polizei gewisse Sympathie zu Faschist_innen nicht

leugnen. Das bekannteste Beispiel ist der Naziaufmarsch jedes Jahr im Februar in Dresden, wo die Polizei mit Wasserwerfern und Pfefferspray gegen friedliche Sitzblockaden vorging, während sie gleichzeitig zuschaute, wie Neonazis mit Steinen und Schlagstöcken ein alternatives Wohnprojekt angriffen. Auch erwähnenswert sind die Proteste gegen den Naziaufmarsch vom 2. Juni 2012 in Hamburg, bei denen einem Rollstuhlfahrer die



☛ Hand gebrochen wurde. Die Polizei sagt, sie sei von den Demonstrant_innen angegriffen worden – aber, vorsichtig formuliert, es spräche nicht für die Kompetenz der Einsatzkräfte, wenn sie sich vor dem Angriff eines Rollstuhlfahrers fürchten müssten. Später hieß es, die Beamt_innen hätten „ruhig und besonnen gehandelt“.

Nun kann man sagen: das seien Einzelfälle, in denen Polizist_innen einen Fehler gemacht haben („sind ja auch nur Menschen“). Dann müssten aber diese Fehler auch wie bei „normalen“ Menschen geahndet werden. Leider ermittelt gegen die Polizei – nun ja, sie selbst. Und sie will sich natürlich nichts zuschulden kommen lassen.

Das eingangs erwähnte „Rechenschaft ablegen“ geschieht dann eben durch eine_n Polizeipräsident_in, der/die „die Vorwürfe zurückweist“: 98% der Verfahren gegen Polizist_innen werden eingestellt. Die Polizei ist also nicht unparteiisch, wenn es um die eigenen Leute geht. Aber auch wenn es nicht um die eigenen Leute geht, vertritt sie eine parteiische Meinung, meist die der Unternehmer_innen. Das wird besonders bei Streiks deutlich: Nie tritt sie für die Rechte der Beschäftigten ein, immer schützt sie das Eigentum der Unternehmer_innen und ist damit in erster Linie

Freund und Helfer der Wirtschaft, sprich der Reichen.

Gewalt von einzelnen Beamt_innen könnte man einschränken, indem man auf Demos jede_n Beamt_in individuell kennzeichnet, um Täter_innen identifizieren zu können. Dagegen sträubt sich die Polizei, ohne einen vernünftigen Grund zu nennen. Statt Kennzeichen will sie „mehr Härte zeigen“, damit die Menschen ihr gehirnwäschemäßig gehorchen und dann gar keine Gewalt nötig wäre.

So eine Kennzeichnung würde aber auch längst nicht reichen, denn letztendlich soll die Behörde das friedliche Zusammenleben der Menschen gewährleisten. Diese Aufgabe wird denkbar weit verfehlt, wenn so oft gegen den Willen der Bevölkerung gehandelt wird. Kein einziger Posten bei der Polizei ist wählbar. Nicht mal unsere_n Polizeichef_in können wir wählen, obwohl jede_r Kommandant_in mehr Macht hat als ein_e Abgeordnete_r.

Würde eine wählbare Polizei die Probleme lösen? Vermutlich nicht. So etwas wie Polizei gibt es, seitdem es Reichere gibt, die ihr Eigentum vor Ärmeren schützen müssen. Aber wenn wir uns eine Welt ohne Armut wünschen, warum nicht eine, in der kein Gewaltmonopol nötig wäre?

WARUM BANANEN REPUBLIK?

Der Begriff „Bananen-Republik“ bezeichnet einen korrupten Staat, in dem die Industrie das Sagen hat und staatliche Gewalt willkürlich eingesetzt wird. In der Regel sind damit mittelamerikanische Länder gemeint, in denen die Menschen zu Hungerlöhnen und bei schlechtesten Bedingungen nichts als Bananen anbauen – weil es für sie keine Alternative gibt und weil ausländische Konzerne dafür sorgen, dass das auch so bleibt. Mal abgesehen davon, dass die Abkürzung BRD ganz ausgezeichnet auf Bananenrepublik Deutschland passt, sind wir der Meinung, dass es sich auch bei Deutschland um einen korrupten Staat, in dem die Industrie das Sagen hat und staatliche Gewalt willkürlich eingesetzt wird, handelt. Im Grunde sind wir der Meinung, dass, so definiert, jeder Staat die Bezeichnung Bananenrepublik verdient. Unser Versuch ist es, diese Behauptung auszubauen, zu verfeinern und zu verdeutlichen.

was ist gentrifizierung?

„Prenzlauer Berg, was ist aus dir geworden?“ – *The Incredible Herrengedeck*

F In den Szene-Ubahnhöfen kleben Sticker, Graffiti schmücken die Hauswände. Überall sind sie, die Worte „Welcome to Schwabylon“ oder „Totaler Schwaben Hass“. Ganz davon abgesehen, dass mit diesen rassistischen Parolen einige Millionen Menschen, die das „Pech“ hatten, in einer Region in Süddeutschland geboren zu sein, ausgegrenzt werden, treffen sie den Kern des Problems, den Ursprung dieser Parolen, nicht ansatzweise. Denn dieser Rassismus ist verzerrter Ausdruck einer sozialen Umstrukturierung.

Kreative, Künstler_innen, Student_innen und Karriereverweiger_innen, die in Prenzlauer Berg lebten und teilweise noch leben, machten den Bezirk interessant – wie auch in Kreuzberg, wo die Hausbesetzer_innenszene dem Bezirk eine sehr eigene Atmosphäre verschaffte, aber auch eine überregionale Aufmerksamkeit brachte. Und so fühlten sich bald nicht nur andersdenkende Menschen in der Berliner Innenstadt wohl, sondern auch in den Augen von Reichen gab es plötzlich Möglichkeiten, dem langweiligen Alltagsleben zu entfliehen.

Der Immobilienmarkt zieht seine Fäden, Investor_innen kaufen gezielt Gebäude und sanieren sie – mit dem Ziel, diese dann wieder teurer zu verkaufen oder pervers hohe Mieten verlangen zu können. Und die Immobilien kommen nicht nur von privaten Besitzer_innen: Der Staat, in dem Fall das Land Berlin, verkaufte seit 1990 etwa 250.000 Wohnungen. Es kürzte zusätzlich Fördermittel im sozialen Wohnungsbau auf null und trug so erheblich zur Teuerung der Mieten bei.

So müssen geringer verdienende Menschen, oft Arbeiter_innen, wegziehen und werden verdrängt – es profitieren, wer hätte das gedacht, reiche Bonzen. Für diese ist Gentrifizierung ein durchaus positiver Prozess, denn so können sie als reiche Minderheit

ungestört ihres Geldes frönen.

Gentrifizierung ist kein neues Thema, aber es ist aktuell wie nie. In den letzten Monaten wurde das Tacheles, welches Teil einer ebenfalls von der Verdrängung bedrohten Jugend- und Alternativszene war, endgültig an private Investor_innen übergeben. Das zeigt deutlich, dass wir Jugendliche ebenso betroffen sind, wenn der Kaffee immer teurer wird und Jugendzentren geschlossen werden.

Wenn am 1. Mai in Kreuzberg und Neukölln 10.000 Menschen gegen Abschiebung aus ihrem Lebensraum protestierten, dann war das ein Zeichen – doch es blieb nur bei diesen Zeichen, der Prozess konnte nicht aufgehalten werden. Das neue Protestcamp am Kotti ist jetzt ein Schritt in die richtige Richtung, denn nicht nur linke, politische Gruppen organisieren Proteste, sondern betroffene, vor allem migrantische Arbeiter_innen, selber. In derselben Reihe ist die Besetzung des Freizeitzentrums in der Stillen Straße 10 in Pankow durch Senior_innen zu sehen. Sie wehrten sich aktiv gegen den Verkauf und damit die Schließung des Zentrums, das sie nun schon seit mehreren Monaten unter Selbstverwaltung weiterführen.

Das alles zeigt, dass sich auch in Deutschland der soziale Widerstand von unten zu verstärken beginnt. Diese Bewegungen müssen vereint werden, um die Probleme mit Streiks und Besetzungen dort anzupacken, wo sie herkommen: vom Privateigentum an Wohnungen dem dem freien Markt.



ein paar zahlen über flüchtlinge

Zwischen 1993 und 2011:

- **182** Flüchtlinge starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an der Grenze, davon alleine 131 an den deutschen Ostgrenzen
- **527** Flüchtlinge verletzten sich bei Grenzübertritten, davon 302 an den deutschen Ostgrenzen
- **164** Flüchtlinge begannen Selbstmord angesichts der drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen (davon 64 Menschen in Abschiebungshaft)
- **968** Flüchtlinge verletzten sich aus Angst oder Protest (z.B. Hungerstreik) vor der Abschiebung (davon befanden sich 571 Menschen in Abschiebungshaft)
- **5** Flüchtlinge starben bei der Abschiebung und
- **410** Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt
- **32** Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode und
- **554** Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert oder kamen aufgrund schwerer Erkrankungen in Lebensgefahr
- **71** Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos
- **13** Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen
- **9** Flüchtlinge starben durch unterlassene Hilfeleistung und
- **447** wurden durch Polizei oder Bewachungsmaßnahmen verletzt (davon 140 Flüchtlinge in Haft)
- **70** Flüchtlinge starben bei Bränden, Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte oder durch Gefahren in den Lagern
- **829** Flüchtlinge wurden zum Teil erheblich verletzt
- **18** Flüchtlinge starben durch rassistische Angriffe auf der Straße und
- **798** wurden durch Überfälle auf der Straße verletzt

Fazit: Durch staatliche Maßnahmen in der BRD kamen seit 1993 mindestens 405 Flüchtlinge ums Leben – durch rassistische Übergriffe und die Unterbringung in Lagern (u.a. Anschläge, Bränden) starben 88 Menschen.



WER WIR SIND

Banana Republik ist eine unabhängige, kostenlose Zeitschrift, in der wir unsere Sicht zum Weltgeschehen kundtun: Wir sind mit der Gesamtsituation unzufrieden. Warum? Bitte weiterlesen.

Wenn du Anregungen hast, Kritik oder einfach Lust, einen Artikel beizusteuern, schreib uns unter: bananarepublic.fwsk@yahoo.de



Der Artikel zu Gentrifizierung ist aus der linken SchülerInnenzeitung „Red Brain“. Deren Seite ist: <http://redbrain.blogspot.de>